



Fraktionsvorsitzender  
Helmut J. Noe  
Erster Bürgermeister a.D.

Es gilt das gesprochene Wort

Tel.07152/23130  
Mobil 015119462921  
email:  
helmut.noe@icloud.com

## **Stellungnahme zum Kreishaushalt 2020 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2019-2023 Kreistagssitzung am 18. November 2019**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte  
Sehr geehrte Gäste und Vertreterinnen und Vertreter  
der Presse,

die Beratungen zum Kreishaushalt 2020 stehen im Zeichen vieler Umbrüche in der Welt.

Die Transformation der Wirtschaft, die Digitalisierung in allen Bereichen, die Umsetzung neuer Antriebstechnologien in der Automobilwirtschaft, die Veränderungen im Maschinenbau sorgen für eine enorme Dynamik.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: [pferdehof.arnold@gmx.de](mailto:pferdehof.arnold@gmx.de)

3. Stellvertreter : Thomas Riesch , Tel. 07034 923100+101, E-Mail: [Riesch@Gaertringen.de](mailto:Riesch@Gaertringen.de)

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: [dieter.haarer@web.de](mailto:dieter.haarer@web.de)

Schriftführer: Thilo Schreiber, Tel. 07033 521130, E-Mail: [schreiber@weil-der-stadt.de](mailto:schreiber@weil-der-stadt.de)

Pressesprecher: Daniel Töpfer, Tel. 07044 9363100, E-Mail: [toepfer@weissach.de](mailto:toepfer@weissach.de)

**Bei den neuen Antriebstechnologien in der Automobilwirtschaft ist eine Technologieoffenheit angezeigt und notwendig.**

**Diese Technologieoffenheit verfolgt auch die Landesregierung mit den sie tragenden Fraktionen und die Bundesregierung.**

Nur auf Elektroantriebe zu setzen halten wir für falsch. In China, dem drittgrößten Automarkt der Welt, wurde in diesem Frühjahr die Förderung der E Mobilität drastisch zurück gefahren.

Dort setzt man vermehrt auf die Brennstoffzellen – Technologie.

Ich bin der Auffassung, dass die Aufgabe der Diesel Technologie ein schlimmer Fehler für den Automobilbau im Kreis Böblingen und in unserer Region wäre. Der Diesel ist CO „neutral“ und die neueste Motorengeneration ist beim Stickoxydausstoß deutlich unter den gesetzlichen Grenzwerten.

**Es geht um sehr viele Arbeitsplätze!**

Die Automobilwirtschaft mit den Zulieferbetrieben und der Maschinenbau sind wesentliche Garanten unseres Wohlstandes.

2/3 des Industrieumsatzes in der Region gehen auf diese Branchen zurück.

Die kommunale Seite kann einen wichtigen Beitrag für die Strukturveränderungen erbringen.

Es ist uns allen bekannt, dass wir neue Gewerbeflächen für neue Technologien und für die Gewinnung von Fachkräften zusätzliche Wohnbauflächen brauchen.

Es wäre dabei sehr hilfreich, wenn unsere Planungsabläufe in Deutschland schneller und effizienter von statten gingen. Hierzu stellen wir auch einen Antrag.

**Die Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels erfordern national aber vor allem auch international rasche Umsetzungsmaßnahmen. Der Weltklimagipfel in Madrid muss hier Antworten und Lösungen beschließen. Alle Nationen müssen sich dann aber auch dazu bekennen und die Beschlüsse umsetzen.**

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch vom Kreistag schlüssige, verantwortungsvolle und sozial verträgliche Lösungen.

Wir als CDU Fraktion bekennen uns zu dieser Verantwortung.

Der Kreistag hat dies übrigens in der Vergangenheit schon oft unter Beweis gestellt.

**Abfallwirtschaft und Umweltschutz**

Vor 20 Jahren haben wir das Restmüllheizkraftwerk in Betrieb genommen. Eine ökologische und ökonomische und vor allem auch nachhaltige Lösung. Das Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Böblingen war und ist wegweisend und ein sehr guter Beitrag für den Umweltschutz.

**Vermeiden, wiederverwerten und den Rest des Abfalls verbrennen. Dieser Leitgedanke hat auch in der Zukunft Bestand.**

**Es ist jetzt aber auch an der Zeit, unser Dienstleistungsangebot in der Abfallwirtschaft zu überprüfen und den veränderten Lebensbedingungen der Menschen anzupassen.**

Der Wiederaufbau der Vergärungsanlage in Leonberg zusammen mit dem Landkreis Esslingen findet selbstverständlich unsere Zustimmung.

Wir beantragen, dass über die Planungen laufend im UVA berichtet wird.

Die Billigung der Planung und der Baubeschluss bedarf der Zustimmung des Kreistags.

Das heißt, Herr Landrat, dass sie als Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat die Weisung des Kreistags vorher einholen müssen.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat uns eine Vorlage zur Erhöhung der Müllabfuhrgebühren in Höhe **von 10.7 % präsentiert.**

Die vorgelegten Berechnungen machen eine Erhöhung der Gebühren finanzwirtschaftlich und rechtlich unausweichlich.

Die Verwaltung sollte jedoch prüfen, ob wir die Erhöhung nicht doch unter die 10 % Marke drücken können. Wir erwarten einen Vorschlag für den UVA.

Kritisch anmerken möchte ich, dass die Verwaltung in den letzten Jahren nicht deutlich genug auf die finanzielle Schieflage des Gebührenhaushalts hingewiesen hat.

Es wäre besser gewesen, in kleinen Schritten die Gebühren an zu passen.

**Zum Volksbegehren Artenschutz teilen wir ihre Ausführungen Herr Landrat.**

**Die Landwirte sind es leid immer als Prügelknabe herzuhalten.**

**Wer mehr Artenschutz will muss das mit den Landwirten, den Imkern und Obstbauern tun.**

**Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**

**Das Landeskabinett hat sich jetzt auf ein Eckpunktepapier verständigt, das auch die Zustimmung des Trägerkreises des Volksbegehrens gefunden hat.**

**Zustimmende Signale kommen auch aus der Landwirtschaft und dem Naturschutz.**

### **Der Klinikverbund als attraktiver Arbeitgeber**

Der Anstieg des Verlustes bei unseren Kreiskliniken von 15 auf 18 Mio € ist zu beklagen. Aber wir müssen wohl auch zur Kenntnis nehmen, dass viele Faktoren, die zu diesem Verlust führen, von uns kaum zu beeinflussen sind.

**Für weitere Einsparungen struktureller Art können wir keinen Spielraum erkennen.**

**Die Gesundheitsversorgung kostet Geld. Wir werden auch in der Zukunft ein Defizit im Betrieb der Krankenhäuser zu finanzieren haben.**

Wir haben gute Gründe zur Annahme, dass mit der Inbetriebnahme des Flugfeldklinikums das Betriebsdefizit erheblich geringer sein wird.

**Jetzt hoffen wir auf ein wirtschaftliches Angebot für den Neubau des Flugfeldklinikums.**

Der Bund und die Kassen dürfen aber nicht noch

mehr direkte oder auch indirekte Lasten – man nennt das auch Qualitätsverbesserungen - den Krankenhäusern aufbürden.

Dies geht eindeutig zu Lasten der kleineren Häuser.

Das vom Kreistag beschlossene Medizinkonzept geht vom Bestand aller vier Krankenhäuser aus. Jedes Haus wird gebraucht für eine leistungsfähige wohnortnahe Versorgung.

**Wir verstehen unsere Krankenhäuser im Klinikverbund als eine Einheit. Diese Einheit muss untereinander durch eine gute Zusammenarbeit geprägt sein.**

**Das Medizinkonzept ist keine Einbahnstraße.**

**Wir brauchen gesicherte finanzielle Rahmenbedingungen auf die wir uns auch verlassen können und wir brauchen mehr Personal in der Pflege und bei den Ärzten.**

Unsere Krankenhäuser brauchen Planungssicherheit.

**Die Anstrengungen für die Personalgewinnung und das Halten von Personal sind zu verstärken.**

**Die Geschäftsführung hat hier unsere volle Unterstützung.**

Klar ist für uns, dass **dafür mehr Geld** ausgegeben werden muss. Für zusätzliche Pflegekräfte ist die Refinanzierung gesichert.

**Wir wollen für die Gewinnung von mehr Personal drei Vorschläge unterbreiten:**

Wir unterstützen die Absicht der Geschäftsführung ein **Job Ticket** einzuführen und schlagen vor, die Finanzierung im ÖPNV Haushalt ein zu planen.

Weiter beantragen wir, Planungen für eine **Kinderbetreuungseinrichtung auf dem Flugfeld** aufzunehmen. Hinsichtlich der Belegung sind auch Gespräche mit der Stadt Böblingen zu führen.

Wir sehen auch Handlungsbedarf in **Herrenberg und Leonberg**.

Hier sollte die Geschäftsführung mit den Städten ausloten, wo möglicherweise gemeinsame Einrichtungen in vorhandenen Gebäuden geschaffen werden können. Alternativ gäbe es sicher Möglichkeiten in den geplanten Gesundheitszentren am jeweiligen Krankenhaus.

**Belegungsrechte für die Städte sind ab zu klären.**

**Es braucht neue Wohnungen für die Mitarbeiter/Innen der Kliniken. Wir dürfen keine Zeit verlieren.**

Die Planungen in Herrenberg sind gut vorangekommen, in Böblingen sind sicher in Kürze weitere Entscheidungen zu erwarten.

Dagegen ist in Leonberg noch erheblicher Handlungsbedarf gegeben.

Wir beantragen, gemeinsam mit der Stadt einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen. Für das Areal um das Krankenhaus ist ein integriertes Gesundheitszentrum vorzusehen.

Die übrigen Flächen sind für die möglichen Investitionen in den Bildungsbereich vorzuhalten. Auf den restlichen Flächen können wir Wohnungsbau betreiben.

Wir legen großen Wert auf eine Abstimmung mit der Stadt.

**Aber genauso ist klar, dass der Kreis als Grundstückseigentümer bei der Umsetzung der Investitionen Herr des Verfahrens ist.**

**In Leonberg muss es deutlich schneller vorangehen.**

Wir danken der Geschäftsführung für die gute Arbeit und schließen alle Beschäftigten der Kliniken in diesen Dank mit ein.

**Investitionen in unsere Schulen**

**Unsere Schulgebäude sind in die Jahre gekommen. Handlungsbedarf ist gegeben.**

Der Gutachter hat für kurz- und mittelfristige Sanierungsmaßnahmen ca. 145 Mio € errechnet.

Für eine mögliche Zusammenlegung des Kaufmännischen Berufsschulzentrums mit der Mildred Scheel Schule könnten noch einmal ca. 200 Mio € anfallen.

350 Mio € sind eine gewaltige Last für die zusätzliche Finanzmittel aufgebracht werden müssen. Wir sind auf die Vorschläge der Verwaltung gespannt.

Wir beantragen deshalb, eine Prioritätenliste für die Investitionen vorzulegen.

Sie soll die Grundlage für die technische und finanzielle Umsetzung sein. Für die Sanierungsmaßnahmen dürfte ein Zeitraum von mindestens 10 Jahren angemessen sein.

Wegen der möglichen Zusammenlegung der Mildred Scheel Schule mit dem Kaufmännischen Schulzentrum sind im Verhältnis zur Sanierung belastbare Vergleichsberechnungen vorzulegen.

Die Zuschussfragen sind insgesamt zu klären.

**5 Mio € Bundesmittel sind für die Digitalisierung der Kreis - Schulen angekündigt.**

Auch hier möchten wir von der Verwaltung eine Prioritätenliste für die Umsetzung vorgelegt bekommen.

## **Soziale Verantwortung**

**Ca. 250 Mio €** sind im Haushalt 2020 für Soziales und die Jugendhilfe vorgesehen.

Für die Eingliederungshilfe sind 62 Mio € Ausgaben geplant.

Die Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen verursacht einen höheren Personalaufwand.

Das Land ist verpflichtet die Mehraufwendungen von 3.2 Mio € rückwirkend und dauerhaft zu übernehmen.

**Ebenso ist das Land verpflichtet, uns die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge, auch der geduldeten, in einer Spitzabrechnung zu erstatten.**

**Dazu zählen auch die Kosten für die Betreuung der Kinder in unseren Kindergärten.**

**Die Aufnahme, die Unterbringung, die Betreuung und die Integration von Flüchtlingen ist eine nationale Aufgabe.**

Die Städte und Gemeinden und der Kreis leisten viel. Und ohne die Arbeit der Ehrenamtlichen sähe es für die Integrationsarbeit nicht gut aus. Danke für dieses Engagement.

**Es wäre ein sehr schlechtes Signal in die Bevölkerung hinein, wenn das Land die kommunale Familie hier im Stich lassen würde.**

Das Investitionsprogramm zum Bau von Kindertagesstätten „2017 bis 2020„ ist völlig überzeichnet.

Für das Jahr 2020 gibt es keine Zuschüsse mehr. In Anbetracht der Bedeutung der Kinderbetreuung kann das nicht hingenommen werden.

Wir bitten sie Herr Landrat für den Kreistag die **Initiative des Gemeindetags vom 11. November 2019 zur Fortsetzung des Zuschussprogramms durch den Bund zu unterstützen. Auch der Landkreistag sollte sich diesem Vorgehen anschließen.**

Der Antrag des Kinderschutzbundes zur Erhöhung des Stellenanteils für den „Begleiteten Umgang „ von 0.75 VZÄ auf 1.25 VZÄ findet unsere Unterstützung.

Bei der Schaffung von Pflegestützpunkten ist zu beachten, dass bestehende bewährte Strukturen der IAV - Stellen nicht überlagert oder gar gefährdet werden.

Dem zusätzlichen Stellenbedarf stimmen wir zu.

## **ÖPNV**

**Im Jahr 2020 plant der Kreis Ausgaben in Höhe von ca. 45 Mio €**

Zum 1. April 2019 ist die Tarif Reform in Kraft getreten. Zwischen 20 und bis zu 45 % sind die Tarife verbilligt worden.

Die neuen Angebote greifen. Die Anzahl der Fahrten im ÖPNV steigen.

Täglich sind es 50 000 Fahrten mehr in Bussen und Bahnen.

Die Einnahmen gehen natürlich zurück. Der VVS rechnet damit dass in 2019 30.0 Mio € durch die öffentlichen Hände auszugleichen sind.

**Möglicherweise könnte die Tarifabsenkung ausgeglichen werden. Nicht aber die unterlassene Tarifierhöhung von 2.6 %.**

**Von der Tarif Reform nicht erfasst sind die Binnenverkehre in der Fläche, mit Ausnahme der Tangentialen zum Flughafen und dem Wegfall der Zone 70 .**

Wenn sie von Herrenberg nach Böblingen mit der S Bahn fahren, zahlen sie wie vor dem **1. April 3 .97 €**  
Von Herrenberg nach Stuttgart ist es durch den Wegfall einer Zone günstiger geworden. Hier ist Handlungsbedarf gegeben.

Wir beantragen dass sie, Herr Landrat, im Aufsichtsrat des VVS diese Tarif – **Ungerechtigkeit** - ansprechen und eine Lösung einfordern. Die Landräte der übrigen Verbundlandkreise werden sie sicher unterstützen.

**Die vom Verkehrsminister und OB Kuhn ins Gespräch gebrachte Null Runde für das Jahr 2020 findet nicht unsere Zustimmung.**

Die Null Runde würde einen Einnahmeausfall von ca. **19.50 Mio €bedeuten.**

10 Mio € sollen über mehr Fahrten eingenommen werden. Die restlichen 9.50 Mio teilen sich das Land mit einem Drittel d.h. ca. 3.5 Mio € und den Restbetrag müssten zu 45 % von der LHS und zu 55 % von den vier Landkreisen getragen werden.

Nach Wegfall der Landesförderung müssten die Kreise und die LHS 10 Mio € jährlich und auf Dauer tragen.

Wir wissen auch nicht, ob die restlichen **10.0 Mio €** über den Zuwachs an Fahrgästen eingenommen werden.

**Das wäre das Risiko des Steuerzahlers.**

**Wir dürfen auch nicht vergessen, dass uns die Tarif Reform vom 01. April 2019 bis 2025 ca. 27.4 Mio €kosten wird.**

Der ÖPNV in der Region muss weiter ausgebaut werden. Millionenschwere Investitionen in die Schienen – Infrastruktur werden auf uns zu kommen.

Wir können den € nur einmal ausgeben.

**Die von den Verbundlandräten vorgeschlagene maßvolle Erhöhung um 1.9 % - ohne die Tickets für Schüler und Studenten- könnten wir mittragen.**

Auch bei dieser Lösung müssten die Kreise und die LHS immer noch mit **10 Mio €ins Risiko gehen.**

Im ÖPNV zählen ein **guter Service** und die **Pünktlichkeit**. Hinzu kommt eine **gute Infrastruktur und der Preis**.

**Die Finanzierung des ÖPNV muss nachhaltig und verlässlich sein. Sie darf sich nicht an Wahlterminen orientieren.**

Wir sind offen für neue Vorschläge seitens des Landes.

Nur wenn das Land rechtlich verbindlich und auf Dauer deutlich mehr Geld zur Verfügung stellt, können die Gespräche über ein neues Tarifangebot fortgesetzt werden.

**Alles andere wäre nicht zu verantworten.**

## **Kreisumlage**

Schon zum zweiten Mal bringt die Finanzministerin einen Staatshaushaltsplan in den Landtag ein, ohne sich zuvor mit der kommunalen Familie im Rahmen der Gemeinsamen Finanzkommission auf Empfehlungen verständigt zu haben.

**Das ist kein gutes Zeichen.**

**Wir erwarten vom Land, dass es sich im Rahmen der Konnexität an das geltende Recht hält.**

**Die Kommunen stehen vor großen finanziellen Herausforderungen.**

**Ich nenne die Investitionskosten für die Kinderbetreuung, die Finanzierung der Leitungszeit in der Kinderbetreuung, die Sanierung von Schulgebäuden, Ausgleich der Mehrleistungen der**

**Kreise beim Bundesteilhabegesetz über die Kreisumlage, Digitalisierung der Schulen, Finanzierung des Paktes für die Integration von Flüchtlingen und die Flüchtlingskostenerstattung.**

Ich könnte noch mehr Themen aufzählen, die einer gemeinsamen Lösung mit dem Land bedürfen.

Seit der Einbringung des Haushalts haben **sich einige positive Veränderungen ergeben.**

Der Kopfbetrag nach dem FAG hat sich um **7.8 Mio € erhöht.**

**Das geplante Defizit des Haushalts 2020 verringert sich damit auf 1.7 Mio €**

**Diese Verbesserungen, verbunden mit der Steigerung der Steuerkraft, wollen wir teilweise an die Städte und Gemeinden zurückgeben.**

Das Haushaltsjahr 2019 wird sicher ein gutes Ergebnis erbringen.

**Wir beantragen die Kreisumlage auf 31 % Punkte der Steuerkraftsumme der Kommunen fest zu setzen.**

Die CDU Fraktion sieht sich dazu verpflichtet, die Kommunen in der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Der Kreis kann mit einer Umlage von 31 % Punkten seine Aufgaben gut erfüllen.

Die konjunkturelle Entwicklung trübt sich ein. Der Aufschwung ist beendet so die Wirtschafts - Weisen.

In der mittelfristigen Finanzplanung wollen wir deshalb die Umlage bei 32 % Punkten belassen.

## **Schlussbemerkung und Dank**

Ich danke Ihnen, Herr Landrat, und unserem Finanz Dezernenten Björn Hinck für die Erstellung des Haushaltplans.

Der Dank gilt der gesamten Verwaltung und allen angeschlossenen Eigenbetrieben und Gesellschaften.

**„Die Sicherung unseres Wohlstandes muss uns gelingen.“**

**Nur so können wir die Zukunft gestalten und der Jugend eine Perspektive geben.“**

Leonberg, den 18. November 2019

**Helmut J. Noë**